

# Ellwanger Belange im Koalitionsvertrag

**Netzausbau** Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Pro Erdkabel“ haben die Vorhaben von CDU und SPD unter die Lupe genommen und dabei aus ihrer Sicht Erfreuliches entdeckt. *Von Katharina Scholz*

Ellwangen/Hüttlingen

Die Bürgerinitiativen aus Hüttlingen, Ellwangen, Mittelhof und Neunheim sind gegen den Ausbau des Energienetzes. Sie halten ihn für unnötig. Stattdessen fordern sie, Strom dort zu speichern und zu verbrauchen, wo er erzeugt wird.

Aber wenn die Netzbetreiber Stromleitungen schon erweitern, sagen die Bürgerinitiativen, sollen die Leitungen im bebauten Bereich unter die Erde. Gerade unter Wohnhäusern, Schulen, Kindergärten oder Krankenhäusern sei das wichtig. Die Bürger-

„Das Positive überwiegt.“

Josef Kowatsch  
Sprecher BI Hüttlingen

initiativen im Raum Ellwangen gehen davon aus, dass Erdkabel die Gesundheit der Anwohner viel weniger beeinträchtigt als Freileitungen das tun.

Ganz konkret fordern sie die Erdverkabelung für die 110-Kilovolt-Leitung vom Umspannwerk Goldshöfe über Ellwangen nach Nördlingen im Zuge der geplanten Erweiterung. Laut Paragraph 43 des Energiewirtschaftsgesetzes sind die Netzbetreiber verpflichtet, im Zuge von Neubauten Erdkabel zu verlegen. Nicht aber bei einer Erweiterung. Die Bürgerinitiativen fordern daher, dass das Gesetz entsprechend geändert wird.

Und aus diesem Grund haben die Mitglieder auch ganz genau beäugt, was im Koalitionsvertrag zum Thema festgehalten ist. „Wir waren gespannt, ob und wie unsere Anliegen berücksichtigt sind“, sagt Josef Kowatsch, der Sprecher der Hüttlinger Bürgerinitiative. „Herr Kiesewetter hat uns Bürgerinitiativen den 177-seitigen Koalitionsvertrag gleich am Donnerstagnachmittag zugesandt.“ Der CDU-Abgeordnete und die Mitglieder der



Die Bürgerinitiativen in Hüttlingen und im Raum Ellwangen fordern, den Netzausbau einzuschränken und stattdessen lieber auf Stromspeicher zu setzen. Aber wenn Leitungen sein müssen, dann sollen sie im bebauten Bereich unter die Erde. *Symbolfoto: opo*

BI haben sich dann in den vergangenen Tagen über den Vertrag ausgetauscht. Zahlreiche E-Mails seien hin und hergegangen, erzählt Josef Kowatsch und fasst den Austausch zusammen: „Der Koalitionsvertrag enthält im Kapitel Energie viel Negatives“, sagt er und fügt an: „So soll der Netzausbau beschleunigt und die Verfahren erleichtert werden. Das bedeutet noch mehr unkontrollierte Naturzerstörung und weniger Rücksichtnahme auf die Bürger vor Ort.“

Aber auch Positives haben Roderich Kiesewetter und die Mitglieder der BIs im Koalitionsvertrag gefunden. Fünf Punkte

zählt der Sprecher der Hüttlinger Bürgerinitiative auf:

**1** In empfindlichen Regionen sollen Wechselstromleitungen verstärkt unter die Erde kommen. „Jetzt wäre es notwendig, den Paragraph 43h des Energiewirtschaftsgesetzes zu ändern“, sagt Josef Kowatsch. Roderich Kiesewetter ergänzt, dass in einem Koalitionsvertrag üblicherweise noch keine konkreten Gesetzesänderungen vorgeschlagen werden.

**2** Die Speicherforschung für die Alternativen soll beschleunigt und Gel-

der dafür eingestellt werden. Das freut die BIs und den Abgeordneten, der diese ersten beiden Punkte als „wichtigen und erfolgreichen Schritt“ für seine Arbeit und die Zusammenarbeit mit Bürgern und BIs im Wahlkreis wertet.

**3** Dabei soll die Wasserstofftechnologie bevorzugt werden. Geht es nach Josef Kowatsch, liegt darin die Zukunft der Energieversorgung.

**4** Es soll ein Kompetenzzentrum geschaffen werden, das einen Mas-

terplan zur Umsetzung der Energiewende erarbeitet. „Leider nicht in Hüttlingen, wie wir schon seit 2012 fordern“, sagt der Sprecher der Hüttlinger Bürgerinitiative.

**5** Ein Kompetenzzentrum für Strahlenschutz und Stromnetze soll beim Bundesamt für Strahlenschutz angesiedelt werden.

Wiegt Josef Kowatsch die Vorhaben zum Thema Energie im Koalitionsvertrag gegeneinander ab, kommt er zum Schluss: „Das Positive überwiegt.“